

Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2012

Die Krise der Trinkwasserversorgung im Jahr 2050

In Richtung einer euro-mediterranen Wasserpolitik?

von Hélène Champagne, Sabine Reinkober und Hamid Ait Said

Trinkwasserknappheit ist heute zu einem großen globalen Problem geworden. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels stellen mehr als je zuvor eine Herausforderung politischer Steuerung für die internationale Gemeinschaft und ihre Führungspersonen dar. In Zeiten, in denen das Bevölkerungswachstum stetig zunimmt und bereits jeder sechste keinen Zugang zu ausreichend sauberem Trinkwasser hat, entwickelt sich der begrenzte Zugang zu Trinkwasser zu einem Problem Aller, das sowohl wirtschaftliche als auch soziale Kosten verursacht.¹ In diesem Zusammenhang haben die Vereinten Nationen das Jahr 2013 zum Jahr der internationalen Wasserkooperation ausgerufen.²

Marokko ist ganz besonders von Trinkwasserknappheit betroffen. Sie stellt eine wesentliche Ursache für Armut dar und droht die Entwicklung von wichtigen Wirtschaftssektoren wie Landwirtschaft, Tourismus und Industrie stark zu bremsen. Dies birgt unter anderem die Gefahr von Hungerkatastrophen und einer weitgreifenden Wirtschaftskrise. Gleichzeitig kann es zum Anstieg der Migrationsströme von Nordafrika nach Europa kommen, was das soziale Gleichgewicht im Norden wie im Süden stört. Trinkwasserknappheit und deren Folgen machen jedoch nicht an der Mittelmeerküste halt: Auch europäische Länder wie Frankreich und Deutschland sind durch ihre geographische Nähe davon betroffen. Da die Auswirkungen über die Region hinausreichen, muss sich die gesamte euro-mediterrane Region dieser Herausforderung gemeinsam stellen. Bereits heute hat die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) aus dem Thema Wasser eine Priorität ihrer Aktivitäten in Marokko gemacht³. Auch ihr französisches Gegenstück, die Agence française de développement, hat in den letzten fünfzehn Jahren rund 650

¹ Vgl. Unicef & World Health Organization 2012, Progress on Drinking Water and Sanitation, <<http://www.unicef.org/media/files/JMPReport2012.pdf>> (zuletzt abgerufen am 28.01.2013).

² Vgl. United Nations General Assembly 2011, A/RES/65/154, International Year of Water Cooperation, 2013, <http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/65/154> (zuletzt abgerufen am 28.01.2013).

³ Vgl. GIZ 2013, Integriertes Wasserressourcenmanagement, <<http://www.giz.de/themen/de/6481.htm>> (zuletzt abgerufen am 29.01.2013).

Millionen Euro in Marokko bereitgestellt, um dort die Bereiche der Trinkwasserversorgung, Bewässerung, Abwasserreinigung und den Umgang mit Industrieabwässern zu unterstützen.⁴

Betrachtet man die Vorhersagen für die Zukunft, so erscheint regionale Kooperation als unumgänglich. Die Agence française de développement schätzt, dass der Anteil von Menschen, der weltweit unter Wassermangel leidet (laut Definition eine jährliche Wassermenge von weniger als 1000 Kubikmeter), bis 2025 von 180 Millionen auf 250 Millionen Menschen in den Mittelmeerländern ansteigen könnte.⁵ Bis 2050 wird der gesamte euro-mediterrane Raum wiederholt von Dürren betroffen sein; die Nachfrage nach Trinkwasser könnte sich in Europa verdoppeln.

Auch wenn Marokko bereits heute mit konkreten Problemen wie dem des allgemeinen Zugangs zu Trinkwasser konfrontiert ist, so verlangen die zukünftigen Herausforderungen, dass die drei Ländern Marokko, Frankreich und Deutschland gemeinsam neue Strukturen bilden, die die Nutzung von Trinkwasser als lebenswichtiges Gut für alle sicherstellen.

Die drei folgenden Szenarien untersuchen die möglichen Ausprägungen von Kooperation in den nächsten Jahren. Die Akteure, die für die Zusammenarbeit im Wassersektor eine Rolle spielen, können in drei große Gruppen eingeordnet werden: Ministerien, staatliche Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit und lokale Gebietskörperschaften auf intergouvernementaler Ebene, private Akteure auf wirtschaftlicher Ebene und Nichtregierungsorganisationen und Verbrauchergruppen auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Ob der Schutz von Wasserressourcen und die Durchsetzung einer wirkungsvollen Politik der Trinkwasserverteilung erfolgreich sind, hängt von der Qualität der Kooperation zwischen diesen drei Akteursgruppen ab.

Best-Case-Szenario: Eine gemeinsame euro-mediterrane Wasserpolitik

In diesem Szenario haben Deutschland, Frankreich und Marokko im Jahr 2050 schließlich die Notwendigkeit erkannt, Probleme der Wasserknappheit gemeinsam anzugehen und sind sich über die Einrichtung dauerhafter Strukturen einer verstärkten Kooperation einig geworden.

⁴ Vgl. Agence française de développement 2012, L'AFD et le secteur de l'eau au Maroc, <http://www.ambafrance-ma.org/IMG/pdf/L_AFD_et_le_secteur_de_l_eau_et_assainissement_Aout_2012.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.02.2013).

⁵ Vgl. Condom, Lefebvre und Vandome 2012, La réutilisation des eaux usées traitées en méditerranée: retour d'expériences et aide à l'élaboration de projets, Les Cahiers du Plan Bleu 11, p.21, <http://www.afd.fr/webdav/site/afd/shared/PORTAILS/SECTEURS/EAU_ET_ASSAINISSEMENT/pdf/Cahier11_REUT_FR.pdf> (zuletzt abgerufen am 29.01.2013).

Ein neuer euro-mediterraner Wasserrat

Bis 2050 wird eine Institutionalisierung der euro-mediterranen Wasserpolitik als Reaktion auf die Herausforderungen, die der Mangel an Trinkwasser mit sich bringt, stattfinden. Nach dem sechsten Internationalen Wasserforum im Jahr 2012 in Marseille ist zahlreichen Akteuren im Wassersektor bewusst geworden, dass die besonderen Herausforderungen im Mittelmeerraum die Bildung einer dauerhaften gemeinsamen Institution für einen Dialog über Wasserpolitik erfordern. Nach dem Erfolg des ersten mediterranen Wasserforums, das im Dezember 2011 in Marokko stattfand, haben Deutschland und Frankreich gemeinsam mit Marokko die Gründung eines euro-mediterranen Wasserrats mit Sitz in Rabat vorgeschlagen. Jedes Land der Region soll bis zu zwei Vertreter in diesen Rat entsenden und zahlreiche regionale Organisationen wie zum Beispiel die euro-mediterrane regionale und lokale Versammlung (Assemblée Régionale et Locale Euro-méditerranéenne, ARLEM) würden als vollwertige Mitglieder an den Beratungen teilnehmen.

Der euro-mediterrane Wasserrat soll vierteljährlich im Plenum und monatlich in Arbeitsgruppen zusammentreffen und sich zum Ziel setzen, den Zugang zu Trinkwasser für alle zu garantieren, indem eine Wasserpolitik der geteilten Verantwortung auf den Weg gebracht wird. Der Wasserpreis wird von staatlicher Seite flankiert und die Verteilung der Wassermenge erfolgt je nach regionalen und lokalen Erfordernissen.

Euro-mediterrane Investitionsbank für Wasser

Dem Modell anderer, bereits bestehender Investitionsbanken folgend, hat der euro-mediterrane Wasserrat beschlossen, ebenfalls eine euro-mediterrane Investitionsbank für Wasser einzurichten. Diese neue Struktur gleicht den damals neuen Governance-Modellen im Bereich des Umweltschutzes in den neunziger Jahren und sieht die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und Experten vor, sowie die Verbreitung neuer Normen, die zum Schutz der Trinkwasserressourcen und ihrer Verteilung beitragen. Darüber hinaus kann die Investitionsbank für Wasser die mit der Explosion des Wasserpreises zusammenhängende Finanzspekulation einschränken und die Kooperation mit dem Privatsektor regulieren. Mithilfe der Fonds der Bank können gezielt Projekte umgesetzt werden, die einen Beitrag zur Lösung der Wasserkrise in der Region leisten. Ein Netzwerk von Experten der Mittelmeerregion, die auf Wassertechnik spezialisiert sind, trägt dazu bei, einen konstruktiven Dialog zwischen den Ländern zu fördern.

Der Präsident der euro-mediterranen Investitionsbank für Wasser wird für eine Periode von vier Jahren gewählt; der Vorstand besteht aus von den Ländern entsandten Vertretern, von denen mindestens ein Viertel aus der Zivilgesellschaft kommt. Dank der Zusammenlegung öffentlicher und privater Mittel im euro-mediterranen Raum sowie verstärkter technologischer

Zusammenarbeit werden sich Qualität und Zugang zu sauberem Trinkwasser in der gesamten Region verbessern.

Neue Verbrauchergenossenschaften

In Folge der Explosion des Wasserpreises und der zunehmenden Ungleichheit beim Zugang zu Trinkwasser organisieren sich die Bürger in neuen Verbrauchergenossenschaften. Das französische Modell der an die Privatwirtschaft übertragenen Wasserversorgung, das sich bereits in Europa und Nordafrika verbreitet hatte, wird nun von der Öffentlichkeit stark kritisiert. Verbrauchergenossenschaften gelingt es, dieses Phänomen einzudämmen, indem sie die Kontrolle über die Wasserverteilung wiedererlangen. Dabei folgen sie dem Modell der seit den zweitausender Jahren durchgeführten Rekommunalisierung der Wasserversorgung.

In Deutschland und Frankreich werden die Gebietskörperschaften stärker einbezogen, da die Bürger die Notwendigkeit eines guten Wassermanagements erkannt haben. Besonders in Frankreich dient die dezentrale Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Kommunen Frankreichs und Nordafrikas als wichtiges Instrument für eine aktivere Teilhabe der Bürger an Fragen des Wassermanagements. Der Euro-mediterrane Wasserrat schlägt vor, dass jede Kommune die Gründung einer neuen Verbrauchergenossenschaft koordiniert, um dadurch einen sozialverträglichen Wasserpreis zu bewahren und die eventuelle Beteiligung des Privatsektors besser zu regulieren. Die neuen Verbrauchergenossenschaften vereinen sich in nationalen Dachverbänden, die ebenfalls mit einem Sitz im Wasserrat vertreten sind und sowohl Stimm- als auch Vetorecht haben. Sie können in besonderem Maß von der Unterstützung der Euro-mediterranen Investitionsbank für Wasser profitieren, um mit deren Hilfe große Infrastrukturmaßnahmen auf den Weg zu bringen, beispielsweise den Bau von Staudämmen, die Verarbeitung von Oberflächenwasser und den Bau von Wasseraufbereitungs- oder Entsalzungsanlagen.

Worst-case-Szenario: Der »Kalte Krieg um Wasser«

In diesem Szenario hat sich die Wasserkrise 2050 so verschärft, dass die Welt polarisiert ist zwischen denjenigen, die Zugang zu Trinkwasser haben und jenen, denen er verweigert wird. Die drei Länder stecken in einem »Kalten Krieg um Wasser«, der mit einer nationalen Abschottung und der Übernahme des Wassersektors durch die Privatwirtschaft einhergeht. Dadurch soll das Fehlen eines effektiven staatlichen Wassermanagements ausgeglichen werden.

Die Wasserpolitik ist in einer Sackgasse

Der Zusammenhalt der Europäischen Union wird durch die Eurokrise und die schwierigen Budgetverhandlungen geschwächt. Dadurch wird die EU bis 2050 eine Organisation, die mehr Schaden als Nutzen bringt und dem Druck der Finanzmärkte unterworfen ist. Während sich Deutschland und Frankreich immer mehr isolieren, halbiert sich das Budget der beiden Länder für internationale Kooperation und das Mittelmeer gleicht immer mehr einer neuen Berliner Mauer.

In Marokko findet wie auch in Europa seit den zweitausender Jahren kein wirtschaftliches Wachstum mehr statt, was unter anderem auf Trockenheit und Desertifikation im Mittelmeerraum und den Mangel an Wasser zurückgeführt werden kann. Der herrschende Wassermangel trifft das Land hart: Die Sterblichkeit hat ein Rekordniveau erreicht und betrifft vor allem Kinder und ältere Menschen. Infektionskrankheiten nehmen zu. Die marokkanische Monarchie wird durch den Druck der Straße destabilisiert; zahlreiche Demonstrationen arten in gewaltsame Aufstände aus, weshalb der König den Ausnahmezustand verhängt. Die prekäre Sicherheitslage in Nordafrika, die mit zunehmendem Terrorismus einhergeht, stellt eine Bedrohung für den Frieden dar und macht den Weg zum Zerfall der Staaten frei. Aufgrund all dessen verschlechtert sich die Zusammenarbeit zwischen Marokko, Deutschland und Frankreich zusehends. Marokko ist außerdem Drehscheibe für illegalen Handel mit Trinkwasser und illegale Immigration nach Europa geworden, was zu weiteren Unstimmigkeiten beiträgt.

Flächendeckende Privatisierung des Wassersektors

Private Wirtschaftsakteure nutzen die Sackgasse, in der die politischen Kräfte sich befinden, und entscheiden die öffentliche Auftragsvergabe immer öfter für sich, um diese Lücke zu füllen. Die Privatisierung des Wassers wird in Europa und Marokko zur Normalität und stärkt die Macht internationaler Konzerne.

Vor dem Hintergrund der andauernden Krise der öffentlichen Finanzen und ungeachtet der Kritik an den hohen Wasserpreisen breitet sich der Rückgriff auf den Privatsektor im Wassermanagement besonders in Nordafrika weiter aus. Auch einige Versuche der Rekommunalisierung in Frankreich haben dem nichts entgegen zu setzen. Einem Bericht von Global Water Intelligence zufolge, wird der Wassermarkt bis 2015 um mehr als 20 Prozent wachsen, es wird mit Investitionen von 70 Milliarden US-Dollar gerechnet.⁶ Die International Federation of Private Water Operators (AquaFed) kritisiert die zahlreichen Vorbehalte gegen private Akteure im Wassersektor und hebt

⁶ Vgl. The Guardian 2010, Private water suppliers poised to grow as demand set to surge, <<http://www.guardian.co.uk/environment/2010/apr/28/private-water-suppliers>> (zuletzt abgerufen am 28.01.2013).

dagegen die Vorteile von Public-Private Partnerships vor.⁷ Bis 2050 wird AquaFed ein unumgänglicher Akteur, der die Bedingungen des allgemeinen Trinkwasserzugangs festlegt. Das private Monopol über Wasser gefährdet die zum Privileg werdende Trinkwasserversorgung und führt zu einer Explosion des Mineralwasserpreises. Diese Situation schränkt vor allem den Zugang zu Trinkwasser für benachteiligte Teile der Bevölkerung ein, insbesondere in manchen Teilen Marokkos und in der Peripherie europäischer Metropolen.

Wasser entwickelt sich zur Ware und wird Ziel von Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten. Aufgrund seiner Knappheit wird Trinkwasser – von nun an als »klares Gold« bezeichnet – wie einst Erdöl gekauft, vertrieben und in großen Tankschiffen über das Meer transportiert.

Die Niederlage der Verbraucher

Obwohl der freie Zugang zu sauberem Trinkwasser durch die Vereinten Nationen bereits 2010 als vollwertiges Menschenrecht anerkannt wurde, stellen die Verbraucher selbst keinen ausschlaggebenden Akteur innerhalb dieses »Kalten Krieges um Wasser« dar. Die Entwicklung des Wassers zur Ware, deren Verbreitung von privaten Operateuren kontrolliert wird, ist angesichts der herrschenden Wasserknappheit nicht mehr abzuwenden. Neue NGOs werden gegründet, um gegen Wasserverschwendung in Europa und gegen die Korruption, die die Preisinflation des Wassers in Europa und Ländern des Südens wie Marokko mit sich bringt, zu kämpfen. Die Senkung der Nachfrage nach Wasser in Europa und Geburtenkontrolle im euro-mediterranen Raum sind die einzigen Optionen, die für eine Lösung der Wasserkrise in Betracht gezogen werden.

Tendenzielles/Mittleres Szenario: Variable Typen der Kooperation im Trinkwassersektor

Während Wasser zu einer immer knapperen Ressource wird, wirft die neue Vielzahl von Akteuren im Wassersektor auf nationaler, regionaler und globaler Ebene die Frage nach der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen diesen unterschiedlichen Organisationen auf.

Eine mediterrane Wassercharta

Als Antwort auf den Anstieg des Wasserpreises und neuen Bedrohungen für die Wasserqualität durch Bevölkerungswachstum und Klimawandel, unterzeichnen die Staaten eine neue mediterrane Wassercharta, in der sie ihre

⁷ Vgl. AquaFed 2012, Private operators delivering performance for water-users and public authorities, <http://www.aquafed.org/pages/fr/admin/UserFiles/pdf/AquaFed_Performance_PrivateWaterOperators_2012-03-14.pdf> (zuletzt abgerufen am 28.01.2013).

politischen Ziele und die Rolle unterschiedlicher Akteure festlegen. Die Charta beinhaltet allgemeine Grundsätze, die die Notwendigkeit des Zugangs zu Trinkwasser als Menschenrecht deutlich machen. Public-Private Partnerships und grenzüberschreitende Kooperation bauen auf diesem Prinzip auf, um eine weitere Zunahme der Ungleichheiten zwischen den Regionen auf der einen und die Anhäufung von Gewinnen infolge der gestiegenen Nachfrage nach Wasser auf der anderen Seite zu verhindern. Die Versuche der Rekommunalisierung werden als Instrument gesehen, mit dem den Verbrauchern eine Stimme gegeben wird. Um Korruption auf allen Ebenen zu verhindern, funktioniert sie nach transparenten Prinzipien. Ein Beispiel für den Erfolg solcher Verbraucherinitiativen findet sich in Grenoble, wo die Nichtregierungsorganisation Association Eau Secours im Jahr 2000 den Rückzug des Unternehmens Veolia aus dem städtischen Wassermanagement erreicht hat, indem sie dessen Praxis rückwirkender Rechnungen anprangerte.

Private Akteure bringen sich aktiv in das Wassermanagement der die Charta unterzeichnenden Staaten und in die weltweite Wasserkette ein, wodurch sie insbesondere Investitionen in neue Technologien und Infrastrukturen wie Wasseraufbereitungsanlagen begünstigen wollen.

Um den Fortschritt der Umsetzung der in der Charta festgelegten Maßnahmen zu messen, wird ein euro-mediterranes Barometer eingerichtet, das jährlich die Meinung der Bürger in der Region auswertet. Dennoch bleiben die Umsetzung und Einhaltung der in dieser Charta enthaltenen Prinzipien eine große Herausforderung, da zahlreiche institutionelle Sackgassen überwunden werden müssen. Die nationalen Parlamente der unterzeichnenden Staaten widersetzen sich häufig der Umsetzung der Maßnahmen in ihren Ländern, so zum Beispiel bei der Reform der öffentlichen Ausschreibungen für eine Stärkung der Transparenz.

Sollte es den Regierungen nicht gelingen, grundlegende Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, wird die Charta wirkungslos bleiben. Bis heute gibt es kein effektives Instrument, mit dem Druck auf die Unterzeichner ausgeübt werden kann.

Heterogenität der staatlichen Akteure und Stillstand der Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor

Innerhalb der euro-mediterranen Entwicklungszusammenarbeit sind die Akteure im Trinkwassersektor in allen drei Ländern traditionell vor allem staatlich. Mittlerweile hat sich die Zahl der Akteure jedoch vervielfacht und alle Beteiligten stehen vor dem Problem wirksamer Koordination.

In Deutschland und Frankreich wird die Entwicklungszusammenarbeit durch staatliche Organisationen wie die GIZ und die Agence française de développement geprägt. Beide Institutionen machen heute Wasserknappheit zu

einem ihrer Hauptthemen und wenden beträchtliche Mittel auf, um gegen anhaltende Trockenheit und die strukturelle Knappheit von Trinkwasser in Marokko zu kämpfen und damit die technische Zusammenarbeit voranzubringen. Gleichzeitig findet jedoch in beiden Ländern auch eine andere Entwicklung statt: Immer mehr Städte und Kommunen fördern dezentrale Entwicklungszusammenarbeit, die ihrerseits spezifische Probleme verursacht. Die OECD registriert vor allem zwischen Frankreich und Marokko eine Zunahme dieser Art von Programmen der dezentralen Entwicklung. Die Herausforderung besteht nun darin, die Vielzahl betroffener Akteure richtig zu koordinieren, um handfeste Ergebnisse zu erzielen.⁸

Im euro-mediterranen Raum wird Wasser immer stärker als wertvolle natürliche Ressource angesehen, die durch die Gemeinschaft geschützt werden muss, um gleichzeitig den Zugang zu Wasser und seinen Fortbestand zu gewährleisten. Vor allem in den Bereichen der Sanierung und der Trinkwasserversorgung entwickeln die Kommunen eine eigene internationale Politik. In Hinblick auf 2050 wird dieses Phänomen in Frankreich durch seine Dezentralisierungsreformen und die zunehmende Macht der Regionen gestärkt. Die verstärkte internationale Entwicklungszusammenarbeit und die Entwicklung eines normativen Rahmens führen dazu, dass sich auch in Deutschland und Marokko die Zunahme von Projekten dezentraler Entwicklung beobachten lässt, obwohl mit dieser Art der Entwicklungspolitik noch wenig Erfahrung besteht. Diesem Szenario folgend wird das Wassermanagement in den drei Ländern vor allem durch Kommunen und deren Kooperation untereinander bewerkstelligt. Dabei sind sie nicht nur für die Verteilung von Wasser verantwortlich, sondern auch für die Sammlung des Abwassers und dessen Wiederaufbereitung.

Die Kohärenz von Entwicklungsprojekten ist jedoch nicht gewährleistet: Marokko sieht sich einer Vielzahl von Ansprechpartnern in Deutschland und Frankreich auf unterschiedlichen Ebenen der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber und der Mangel an Koordination zwischen den Akteuren führt dazu, dass sich ihre Maßnahmen und Projekte oft überschneiden. Auch wenn die dezentrale Entwicklungszusammenarbeit den Vorteil hat, direkter auf spezifische Bedürfnisse auf lokaler Ebene reagieren zu können, so kann sie nicht ohne wirkungsvolle Koordination gelingen. Die Verschwendung von öffentlichen Geldern führt zur Ineffizienz von Maßnahmen zum Schutz und zur Verteilung von Trinkwasser und stellt die euro-mediterrane Zusammenarbeit grundsätzlich in Frage. Darüber hinaus entwickelt sich zwischen den Regierungen und den lokalen Gebietskörperschaften ein Konkurrenzverhältnis: Beide wollen ihre Daseinsberechtigung schützen und ihrem Handeln Geltung verschaffen, weshalb sie sich einander widersetzen.

⁸ Vgl. Saaf und Husson 2009, Evaluation De La Cooperation Decentralisee Franco-Marocaine, <<http://www.oecd.org/derec/france/48467530.pdf>> (zuletzt abgerufen am 28.01.2013).

Die Verbraucher wachen auf

Im Kontext des institutionellen Ungleichgewichts und weiterer Knappheit von Trinkwasser wird eine Neudefinierung des öffentlichen Dienstes im Wassersektor wesentlich. Dies beinhaltet auch eine Neuzuweisung der Verantwortung auf unterschiedlichen Steuerungsebenen. Damit soll ein Mittelweg gefunden werden zwischen Zentralisierung auf der einen Seite – was die problematische Konzentration öffentlicher und privater Akteure mit sich bringen würde – und Dezentralisierung mit einer Vielzahl von Akteuren auf der anderen. Die Wasserversorgung in großen Städten des euro-mediterranen Raums wird mittlerweile von Privatunternehmen durchgeführt, und dies, obwohl die Anforderungen an Nachhaltigkeit und die Verbesserung der Wasserqualität eine Planung benötigen, die von privaten Akteuren alleine nicht geleistet werden kann.

Angesichts der offensichtlichen Unzulänglichkeiten im Wassermanagement organisieren sich Verbrauchergruppen mit dem Ziel, eine konstruktivere Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen öffentlichen und privaten Akteuren durchzusetzen. In diesem Zusammenhang sieht die euro-mediterrane Wassercharta in unserem Szenario die Durchführung eines Referendums im gesamten euro-mediterranen Raum vor, das über die Zukunft der Einbindung privater Betreiber und Öffentlich-privater Partnerschaften entscheiden soll.

An einer vertieften Kooperation führt kein Weg vorbei

Um ihren Bürgern den Zugang zu Trinkwasser zu garantieren, werden die drei Länder zu einer stärkeren Zusammenarbeit gezwungen sein, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen. Es ist zu hoffen, dass die drei Länder einen Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen Wasserpolitik leisten werden. Diese wird aber dann gefährdet sein, wenn die Korruption zunimmt oder wenn die Staaten aufgrund des Fehlens von politischem Willen eine rein nationalstaatliche Politik führen.

Was die zukünftige Entwicklung angeht, so sind die Vorhersagen alarmierend. So kündigt das Worst-Case-Szenario eine besorgniserregende Zunahme der Ungleichheit an und lässt erahnen, dass die Privatwirtschaft den Wassersektor als Antwort auf die misslungene Regulierung durch staatliche Akteure übernehmen wird, was wiederum zur weiteren Zunahme von Armut führt und den mangelhaften Zugang zu Trinkwasser noch verschärft. Daraus lässt sich schließen, dass eine euro-mediterrane Zusammenarbeit unerlässlich ist. Für Europa wird es Zeit, aus der Wasserpolitik eine Priorität zu machen; nicht nur, um künftigen Problemen der Wasserknappheit vorzugreifen, sondern auch um auf weitreichendere Konsequenzen wie erhöhte Immigration nach Europa und

die durch die Wasserknappheit zunehmende Kriminalität zu reagieren. Zwar hat die Mittelmeerunion der Versorgung mit Trinkwasser bereits einen wichtigen Platz eingeräumt, bisher jedoch ohne Erfolg. Das Trendszenario konzentriert sich auf das Problem der Akteursvielfalt in der Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Um auf den Mangel an Koordination und Kohärenz der verschiedenen Maßnahmen zu reagieren, wird eine euro-mediterrane Wassercharta vorgeschlagen. Bei der idealen Entwicklung des Best-Case-Szenarios wären die verschiedenen euro-mediterranen Steuerungsmechanismen gut aufeinander abgestimmt. Sie würden staatlichen Akteuren und der Etablierung neuer internationaler Strukturen und Institutionen zur Durchsetzung einer weltweiten Garantie auf den Zugang zu Trinkwasser eine große Rolle beimessen.

Eine Sache jedoch ist sicher: In Zukunft kann nur eine länderübergreifende Wasserpolitik den Zugang zu Trinkwasser sichern. Hierfür müssen die euro-mediterranen Staaten stärker zusammenarbeiten.

Hélène Champagne ist Leiterin von DeHavilland EU Consulting in Brüssel. Sabine Reinkober war 2012 als Projektbeauftragte bei der Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry tätig. Hamid Ait Said ist Doktorand in Geographie am Centre Jacques Berque pour la Recherche en Sciences Sociales et Humaines und an der Universität Bayreuth. Der Text spiegelt ausschließlich die Meinung der Autoren wider. Er ist im Rahmen des Projekts »Deutsch-französischer Zukunftsdialog« entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.